



Antikorruption als fundamentaler Schutzfaktor der Demokratie

Die Mehrheit der Weltbevölkerung lebt in Autokratien, Tendenz steigend. Die Qualität demokratischer Regierungsführung verschlechtert sich in zahlreichen Teilen der Welt deutlich, sodass sogar von einer Rückentwicklung demokratischer Strukturen gesprochen wird. Menschen werden demokratische Werte und Rechte wie Freiheit und Gleichheit zunehmend vorenthalten, was Diskriminierung bspw. aufgrund ihrer Ethnie, ihres Geschlechtes und Verfolgung aufgrund politischer Überzeugungen verursacht. Einflussnahme auf die Justiz führt gleichzeitig zur Nichtverfolgung von Straftaten im Kontext von Korruption und führt zu Straffreiheit trotz Begehen gravierender Straftaten. Frauen und marginalisierte Gruppen leiden in autokratischen Regimen mit genderspezifischen Ungleichheiten und patriarchalischen Strukturen besonders unter Korruption, da sie durch diese Praxis zusätzlich in ihrem ohnehin begrenzten Zugang zu öffentlichen Ressourcen, Dienstleistungen und politischer Teilhabe benachteiligt werden.

Korruption sabotiert Demokratie

Korruption ist ein häufig genutztes Mittel zur Ausbeutung demokratischer Strukturen und sabotiert diese auf verschiedenste Weisen:

- Sie **untergräbt Gewaltenteilung**, indem illegitimer Einfluss auf die Vergabe von Regierungsämtern, Gerichts- und Parlamentsentscheidungen genommen wird. Parlamente spielen eine wichtige Rolle zur Einforderung von Transparenz und Rechenschaft – z.B. durch öffentliche Anhörungen oder parlamentarische Kommissionen. Ihre Korrumpierung ist daher besonders problematisch für die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien. Durch Korruption gewonnene Einflussnahme auf die Justiz schwächt den Rechtsstaat, z.B. in der Abschreckung und Verfolgung von Straftaten. Die Schwächung der Zivilgesellschaft und freier Medien schränkt diese in der Forderung nach **Transparenzreformen**, der Aufdeckung korrupter Praktiken und der Sensibilisierung der Bevölkerung ein.
- Korruption im Wahlsystem trifft das Herz einer Demokratie. Sie bedroht das gleichwertige Wahlrecht und den **politischen Wettbewerb**. Somit verletzt sie den Grundsatz der Gleichheit, verstärkt soziale Ungleichheiten und diskriminiert Bevölkerungsgruppen. Wahlbetrug, Stimmenkauf, Manipulation von Kandidat*innenlisten, die Einschränkung des gleichwertigen Zugangs zu Medien und der Versammlungsfreiheit der Opposition oder die Durchführung von Desinformationskampagnen sind Beispiele, die politischen Wettbewerb untergraben und politische Gegner*innen benachteiligen oder ausschließen.
- Ein geschädigtes Vertrauen der Gesellschaft in den Staat führt zu Politikverdrossenheit und dem Verlust der Unterstützung demokratischer Strukturen. Personen, die durch Korruption benachteiligt werden, greifen selbst zu Korruption, um damit eine subjektive Gleichbehandlung zu erreichen. Dies bekräftigt autokratische Strukturen und verstärkt den Teufelskreis von Korruption und Autokratisierung. Korruption beeinträchtigt neben der Ausübung politischer Rechte somit auch die **Partizipation** der Bevölkerung.
- Korrupte Regierungen missachten Bürger*innen- und Menschenrechte. Im Jahr 2020 wurden 98 Prozent der berichteten 331 Morde an Menschenrechtsverteidiger*innen in Ländern mit einem hohen Maß an Korruption im öffentlichen Sektor verübt. Damit löst Korruption die Gleichheit Aller vor dem Gesetz auf. Das Prinzip der **Rechtsstaatlichkeit** wird sabotiert.
- Korruption verringert den Staatshaushalt und verschiebt Budgetallokationen weg von Sektoren, die soziale Rechte verwirklichen (wie z.B. Bildung, Gesundheit), hin zu Sektoren, die höhere Einkommen aus Bestechungs- oder sogenannten Beschleunigungsgeldern generieren (z.B. Infrastruktur, Rüstung). So beeinflusst Korruption die politische Steuerung und führt zu illegitimer Verschiebung **gesellschaftlicher Prioritäten**. Politisch einflussreiche Profiteure von Korruption und IFF

schwächen und zerstören außerdem bewusst demokratische Strukturen, um sich weiter monetär zu bereichern bspw. durch die Besetzung von relevanten Position in der Justiz.

- Ebenso erodiert Korruption das staatliche Gewaltmonopol. Die sinkende staatliche Fähigkeit, **Sicherheit** für alle zu gewährleisten, stellt eine große – durch Korruption befeuerte – Gefahr für die Demokratie dar. So wird Korruption mit erhöhter Unterstützung gewalttätiger extremistischer und paramilitärischer Gruppierungen sowie dem Aufschwung organisierter Kriminalität in Verbindung gebracht.
- Autokratische Regierungsführer*innen nutzen Korruption zur **Staatsvereinnahmung**. Sie sind auf korrupte Netzwerke angewiesen, die Akteur*innen der öffentlichen, privaten und informellen Sektoren umfassen. Mit erwirtschafteten und verteilten Korruptionsgewinnen werden Positionen und Netzwerke gefestigt. Notar*innen, Banker*innen oder Buchführer*innen (sogenannte Enabler) helfen korrupten Netzwerken, illegale Finanzströme (Illicit Financial Flows, IFF) über intransparente legalisierte Konstrukte und Jurisdiktionen in sichere Häfen zu bringen. Mit diesen IFF erkaufen sie sich Unterstützer*innen im In- und Ausland, um ihre Macht zu festigen, Geld weiterhin illegal zu erwirtschaften und sich selbst und die Netzwerke von Strafverfolgungen zu schützen.

Antikorruption stärkt Demokratie

Antikorruption hat bei kontextsensibler Anwendung eine positive Wirkung auf die demokratischen Prinzipien Gewaltenteilung, politischer Wettbewerb, Partizipation und demokratische Kultur. Auch deshalb soll mit dem **Qualitätsmerkmal Antikorruption und Integrität** Antikorruption in allen Aktivitäten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit verankert sehen. Zur Stärkung der **Gewaltenteilung** bieten sich Maßnahmen an, die zur eindeutigen Mandatierung und Kapazitätsentwicklung von Parlamenten, Kommunal-, Stadt- und Regionalräten, Justiz, Rechnungshöfen, Antikorruptionsbehörden, Zivilgesellschaft oder unabhängigen Medien beitragen. Förderlich sind zudem Maßnahmen zur Steigerung von Transparenz, Partizipation, Integrität und Rechenschaft, bspw. zur Verfahrenstransparenz in Gerichtsprozessen, der Sensibilisierung von Parlamentarier*innen zu Korruptionsrisiken

in Gesetzesentwürfen, Erklärungen über Vermögenswerte oder der Vernetzung und Stärkung der Zivilgesellschaft zur Beteiligung an demokratischen Diskursen. Auch zum Erhalt und zur Förderung des **politischen Wettbewerbs** können Antikorruptionsmaßnahmen beitragen, indem sie diesen transparenter, inklusiver und fairer gestalten. Transparenzregister oder die Offenlegungspflicht von Parteispenden können, ebenso wie freie Medien und eine starke Zivilgesellschaft helfen, illegitime Parteispenden und IFF aufzudecken. Funktionierende und sichere Beschwerdemechanismen und der Schutz von Whistleblower*innen sowie Ausgabenobergrenzen für Parteispenden tragen zu transparentem und fairem politischen Wettbewerb bei.

Antikorruptionsmaßnahmen können die **demokratische Kultur** und **Partizipation** unterstützen, indem sie gesellschaftliche Präferenzen, lokales Wissen und marginalisierte Stimmen in Entscheidungsfindungsprozesse einbinden und legitimieren. Dazu gehören Maßnahmen zur Beratung lokaler Regierungen, Verwaltungen und Parlamente bei der Zuordnung von Entscheidungsbefugnissen, Aufgaben und Ressourcen, die Verbesserung der lokalen Selbstverwaltung und die Förderung bürger*innenorientierter Dienstleistungen. Digitale Lösungen können Risiken des Machtmissbrauchs in der Verwaltung mindern, indem sie persönliche Geldübergabenzwischen Verwaltungsangestellten und Bürger*innen – wo sinnvoll – reduzieren. Weitere Maßnahmen umfassen die Etablierung von Plattformen und Kanälen zur Überwachung der Regierungsleistung durch die Bevölkerung, die Förderung des Zugangs zu verlässlichen Informationen sowie öffentliche Beschwerde- und Klagemechanismen.

Fazit

Korruption untergräbt die Grundpfeiler einer Demokratie auf vielfältige Weise. Zum Schutz korrupter Systeme und transnational organisierter (Finanz-)Kriminalität werden demokratische Institutionen und Verfahren angegriffen, Menschenrechtsverteidiger*innen und Whistleblower bedroht. Das bedeutet: die demokratischen Prinzipien Gewaltenteilung, politischer Wettbewerb, demokratische Kultur und Partizipation gehen Hand in Hand mit Antikorruption. Kontextsensibel umgesetzt können Maßnahmen und Strategien, Korruption zu bekämpfen, einen signifikanten Beitrag dazu leisten, dass autoritäre Regime weniger Spielraum haben, um ihre Macht zu festigen.

Herausgeber
Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft
Bonn und Eschborn, Germany

Sektorvorhaben Antikorruption und Integrität
Friedrich-Ebert-Allee 32 + 36 | 53113 Bonn

E info@giz.de | www.giz.de

Bonn, Juli 2023

Kontakt
Viola Bölscher | Auftragsverantwortliche
anticorruptionprogramme@giz.de

Design und Layout
Barbara Reuter | Oberursel

Im Auftrag des
Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Division 411 - Governance

Im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung